

■ VERSORGUNGSZUSAGE FÜR EINEN GESCHÄFTSFÜHRER DER RECHTSANWALTSGESELLSCHAFT IN FORM DER GMBH¹⁾

RECHTSANWALT DR. JOACHIM FREIHERR VON FALKENHAUSEN, LL.M. (BERKELEY), HAMBURG · MITGLIED DES BERUFSRECHTSAUSSCHUSSES DES DEUTSCHEN ANWALTVEREINS

Zwischen

(im Folgenden: Geschäftsführer)

und

Meier Müller Lehmann Rechtsanwaltsgesellschaft mbH

(im Folgenden: **Gesellschaft**)

wird folgende Versorgungsregelung vereinbart:

§ 1

Pension

- (1) Wenn der Anstellungsvertrag des Geschäftsführers gemäß seinem § 2 (2) endet, zahlt die Gesellschaft dem Geschäftsführer lebenslang Versorgungsbezüge nach Maßgabe der Absätze (2) und (3), sofern der Anstellungsvertrag vor seiner Beendigung mindestens zehn Jahre lang bestanden hat. [Auf die Frist gemäß vorstehendem Halbsatz werden die Zeiten angerechnet, während derer der Geschäftsführer Partner der Sozietät _____ war.]
- (2) Bemessungsgrundlage für die Versorgungsbezüge ist das jeweilige Ruhegehalt eines verheirateten, kinderlosen [Vorsitzenden] Richters am _____ Gericht der höchsten Besoldungs- und Dienstalterstufe einschließlich Zuschlägen, Zulagen und Gratifikationen, jedoch ohne Beihilfen.²⁾
- (3) Endet der Anstellungsvertrag durch Kündigung gemäß § 2 (3) (c) des Anstellungsvertrages, so gelten die Bestimmungen der Absätze (1) und (2) entsprechend mit der Maßgabe, dass sich die Versorgungsbezüge für jedes Jahr, das der Geschäfts-

- 1) Die Frage, ob die Gesellschaft Pensionen zahlen soll, und die Ausgestaltung der Pension sind sorgfältig zu erwägen. Zu bedenken ist insbesondere,
 - ob die Mitgliedschaft in einem anwaltlichen Versorgungswerk ausreicht,
 - ob die Rechtsanwalts-GmbH auch zu dem Zweck geschaffen wurde, Pensionen aus un versteuerten Gewinnen „ansparen“ zu können,
 - dass Pensionszusagen bei einer Ehescheidung dem Versorgungsausgleich unterfallen.
- 2) Jeweils im Einzelfall muss überprüft werden, ob diese Pension angemessen ist. Gegebenenfalls sollte nur ein Bruchteil (z. B. 50 %) der Richter pension gezahlt oder vorgesehen werden, dass die Ansprüche gegen das anwaltliche Versorgungswerk angerechnet werden. Zu beachten ist auch, dass die Pensionszusage steuerlich nur anerkannt wird, wenn zum jeweiligen Bilanzstichtag der Endpensionsanspruch (gegebenenfalls zusammen mit anderen Versorgungsleistungen, an deren Finanzierung die GmbH mindestens zur Hälfte beteiligt ist, 75 % des Gehaltes des Geschäftsführers nicht übersteigt. Nicht vergessen werden darf, dass das Steuerrecht nicht erlaubt, dynamische Versorgungszusagen vollständig zurückzustellen. Wenn eine „dynamische“ Versorgungszusage gegeben werden soll (also die Anknüpfung z. B. an ein Gehalt), wird die steuerlich zulässige Rückstellung nicht ausreichen. Umgekehrt verbietet das Steuerrecht auch, wie bei der Sozietät in Form einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts die Versorgungszusage durch eine „Angstklausel“ einzuschränken, die vorsieht, dass alle Versorgungsansprüche auf einen bestimmten Bruchteil des laufenden Gewinns beschränkt sind.

DIE EIGENE KANZLEI ->

VERSORGUNGSZUSAGE FÜR EINEN GESCHÄFTSFÜHRER

fürer vor Vollendung des 68. Lebensjahres ausscheidet, um _____ % verringern.^{3), 4)}

§ 2

Versorgungsbezüge von Witwen und Waisen

- (1) Wenn der Geschäftsführer verstirbt, nachdem ein Fall des § 1 eingetreten ist, erhält seine Witwe [Name] 60 % der Versorgungsbezüge des verstorbenen Geschäftsführers.
- (2) Verstirbt ein Geschäftsführer, bevor ein Fall des § 1 eingetreten ist, so erhält seine Witwe [Name] 60 % der Versorgungsbezüge, die ihm die Gesellschaft hätte zahlen müssen, wenn im Zeitpunkt seines Todes ein Fall des § 1 (3) eingetreten wäre.
- (3) Im Falle der Wiederverheiratung der Witwe [entfällt die Witwenrente].
- (4) Verstirbt ein Geschäftsführer ohne Hinterlassung einer nach Absatz (1) oder (2) versorgungsberechtigten Witwe [oder verliert die Witwe ihren Versorgungsanspruch gemäß Absatz (3)], so haben die Kinder des Geschäftsführers, soweit sie entweder das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben oder noch in der Ausbildung sind und das 27. Lebensjahr nicht vollendet haben, Anspruch auf Waisenrente. Die Waisenrente beträgt für jedes Kind 30 % der Witwenrente gemäß Absatz (1) oder (2), für alle Waisen zusammen jedoch höchstens 100 % der jeweiligen Witwenrente.

(Wenn der Geschäftsführer weiblich ist, ist vorstehender Paragraph sprachlich umzuformulieren.)

§ 3

Fälligkeit der Versorgungsansprüche

Versorgungsansprüche nach diesem Vertrag sind monatlich nachträglich zu zahlen.

§ 4

Kontrollrechte

- (1) Der ehemalige Geschäftsführer ist berechtigt, solange er von der Gesellschaft Versorgungsleistungen bezieht, die Buchhaltung der Gesellschaft und deren Unterlagen
- 3) Jeweils im Einzelfall muss überprüft werden, ob diese Pension angemessen ist. Gegebenenfalls sollte nur ein Bruchteil (z. B. 50 %) der Richterpension gezahlt oder vorgesehen werden, dass die Ansprüche gegen das anwaltliche Versorgungswerk angerechnet werden. Zu beachten ist auch, dass die Pensionszusage steuerlich nur anerkannt wird, wenn zum jeweiligen Bilanzstichtag der Endpensionsanspruch (gegebenenfalls zusammen mit anderen Versorgungsleistungen, an deren Finanzierung die GmbH mindestens zur Hälfte beteiligt ist, 75 % des Gehaltes des Geschäftsführers nicht übersteigt. Nicht vergessen werden darf, dass das Steuerrecht nicht erlaubt, dynamische Versorgungszusagen vollständig zurückzustellen. Wenn eine „dynamische“ Versorgungszusage gegeben werden soll (also die Anknüpfung z. B. an ein Gehalt), wird die steuerlich zulässige Rückstellung nicht ausreichen. Umgekehrt verbietet das Steuerrecht auch, wie bei der Sozietät in Form einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts die Versorgungszusage durch eine „Angstklausel“ einzuschränken, die vorsieht, dass alle Versorgungsansprüche auf einen bestimmten Bruchteil des laufenden Gewinns beschränkt sind.
- 4) Wichtig ist, die Invaliditäts- und Todesfallrente so zu bemessen, dass sie finanzierbar ist. Wichtig ist das nicht nur für die steuerliche Anerkennung, sondern insbesondere zur Vermeidung einer möglichen Insolvenz der Rechtsanwalts-gesellschaft. Entweder müssen also nur finanzierbare Pensionen zugesagt werden, oder es sollte eine Rückdeckungsversicherung abgeschlossen werden.

VERSORGUNGSZUSAGE FÜR EINEN GESCHÄFTSFÜHRER

einzusehen. Die Gesellschaft kann von dem ehemaligen Geschäftsführer verlangen, dass er damit eine durch Gesetz zur beruflichen Verschwiegenheit verpflichtete Person beauftragt.

- (2) Witwen und Waisen ehemaliger Geschäftsführer können ihr Kontrollrecht nur durch eine der in Absatz (1) Satz 2 bezeichneten Personen ausüben lassen.

